

Entwarnung aus Eritrea

Ein brisanter dänischer Regierungsbericht zeigt: In Eritrea gibt es kaum politische Verfolgung. Sogar Dienstverweigerer und Deserteure können ins Land zurückkehren, ohne belangt zu werden. Die Ergebnisse sind auch für die Schweiz bedeutsam. Doch Bern ignoriert die neuen Fakten.

Philipp Gut

Die Schweiz verzeichnet eine rasante Zunahme von Asylsuchenden aus Eritrea. Beinahe die Hälfte aller Asylbewerber stammt aus dem kleinen ostafrikanischen Staat, der nur vier bis sechs Millionen Einwohner zählt. Und in dem keine akute Krise herrscht, wie etwa in Syrien.

Das Bundesamt für Statistik (BfS) liefert die genauen Daten: 3531 eritreische Staatsbürger ersuchten im dritten Quartal [2014](#) um Asyl in der Schweiz. Gegenüber der Vorjahresperiode entspricht das einer Zunahme von 110 Prozent. Eine andere Verhältniszahl ist noch eindrücklicher: 45 Prozent aller in der Schweiz eingereichten Asylgesuche werden von Eritreern gestellt.

Der Grund für diesen Anstieg liegt gemäss Bundesamt für Migration (BfM) grösstenteils im «Kontrollverlust der libyschen Regierung über weite Teile des Landes, der es Schlepperorganisationen erlaubt, praktisch ungestört zu operieren».

Die Schweiz: ein freiwilliger Magnet

Allerdings verschweigt das Bundesamt, dass die herausstechende Eritreer-Quote in erster Linie hausgemacht ist: Seit die Eidgenossenschaft eritreischen Dienstverweigerern und Deserteuren Asyl gewährt, sind die Gesuche unter Berufung auf angebliche oder wirkliche Verweigerung und Desertion in die Höhe geschneit. Die Schweizer Spezialregelung wirkt wie ein Magnet.

Allerdings sind die im Westen verbreiteten Informationen über die politische Lage in Eritrea und insbesondere über den Umgang mit Verweigerern und Deserteuren lückenhaft und einseitig. Das stellten auch die Dänen fest. Sie wollten es darum genauer wissen.

Die dänische Einwanderungsbehörde hat eine Fact-Finding-Mission vor Ort entsandt. Die Teilnehmer sprachen mit Exilritreern, vor allem aber besuchten sie Eritrea und auch das Nachbarland Äthiopien. Die dänischen Feldrechercheure interviewten eine Vielzahl von Personen aus unterschiedlichen Organisationen: westliche Botschaftsvertreter, Mitarbeiter von Uno-Agenturen, von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), von lokalen Gruppierungen, aber auch eritreische Intellektuelle und Repräsentanten der Regierung. Die Interviewten konnten das Protokoll ihrer Aussagen gelesen und Korrekturen anbringen. Alle Aussagen sind im umfangreichen Anhang des Berichts auf 58 Seiten fein säuberlich dokumentiert.

Die Resultate sind überraschend und brisant, auch für die Schweiz. Was die Beobachter vor Ort herausfanden, widerspricht in wesentlichen Punkten der im Westen verbreiteten Ansicht über den ostafrikanischen Staat. Zwar steht ausser Frage: Eritrea ist keine Demokratie wie die Schweiz, Präsident Isaias Afewerki regiert einen stark zentralisierten, autoritären Staat. Doch die auch hierzulande ventilerten Schreckensnachrichten haben mit der tatsächlichen Lage wenig zu tun.

Wirtschaftliche, nicht politische Gründe

Die Gründe für den Exodus vieler Eritreer sind gemäss übereinstimmender Aussage der Befragten nicht primär politischer Natur. Sie liegen in der Verlängerung des sogenannten Nationaldiensts (National Service, wir kommen darauf zurück), generell aber in der «sozialen und wirtschaftlichen Situation einschliesslich der Aussichten auf ein besseres Leben in Europa», wie es im Bericht heisst. Es gebe kein «generelles Klima der Furcht», betont der Repräsentant einer westlichen Botschaft. Ein anderer Diplomat ergänzt: «Die meisten Leute verlassen Eritrea aus wirtschaftlichen Gründen und aus Mangel an Perspektiven – und nicht aus politischen Gründen.» Auch ein Mitarbeiter einer Uno-Agentur bestätigt, dass «kaum jemand Eritrea aus politischen Gründen verlässt».

Dennoch erhalten in der Schweiz quasi alle eritreischen Bewerber Asyl oder dürfen als vorläufig Aufgenommene bleiben, was letztlich einer dauerhaften Niederlassung gleichkommt. Asyl wird aber per definitionem und der ursprünglichen Absicht nach politisch Verfolgten gewährt. Die Schweizer Praxis, so viel als Zwischenbilanz, stimmt also kaum mehr mit dem Sinn des Asylgesetzes überein.

Aber wie steht es nun mit Dienstverweigerern und Deserteuren? Droht ihnen – davon geht auch die Eidgenossenschaft aus – in Eritrea politische Verfolgung, ja gar Folter?

Auch hier liefert die dänische Migrationsbehörde, gestützt auf ihre breite Recherche, erstaunliche Ergebnisse. Es stimmt: Alle Eritreer müssen den erwähnten National Service absolvieren, wobei dieser neben militärischer Ausbildung auch zivile Einsätze

umfassen kann: in der [Verwaltung](#), [in Hotels](#), in Spitälern, Schulen, Fabriken. Oder für öffentliche Infrastrukturprojekte wie die Errichtung von Dämmen, Strassen, Brücken.

Eingeführt wurde der National Service 1991 nach dem Befreiungskrieg und der Unabhängigkeit von Äthiopien, um die Bevölkerung für den Prozess des *nation building* zu mobilisieren und im Notfall die Unabhängigkeit gegen den grossen Nachbarn zu verteidigen.

Der Dienst dauert minimal achtzehn Monate, kann aber verlängert werden, wobei die genaue Länge nicht definiert ist. Viele Eritreer seien «unglücklich» über diese unbestimmte Dauer und erachteten sie als «Hauptproblem», so ein Botschaftsvertreter. Allerdings müssen junge Leute, die eine höhere Ausbildung absolvieren möchten, weniger lang dienen und nur die Grundausbildung durchlaufen.

Bei ihren Recherchen stellten die Dänen keine unzumutbaren Zustände fest. Ausländische Menschenrechtsorganisationen übertrieben oft mit ihrer negativen Berichterstattung, gibt eine lokale NGO zu Protokoll. Wer Dienst leiste, werde nicht geschunden und arbeite auch «nicht unter sklavenartigen Bedingungen». Man werde weder geschlagen noch gefoltert und leide auch nicht unter Mangelernährung, so die NGO.

Vielmehr vermögen eine Uno-Agentur und eine westliche Botschaft in der [Hauptstadt](#) - Asmara dem Nationaldienst Positives abzugewinnen: «Die Alternative wäre für viele Eritreer Arbeitslosigkeit», lassen sie sich im Bericht zitieren.

Milde Strafen für Deserteure

Besonders aufschlussreich, auch mit Blick auf die Aufnahmepolitik der Eidgenossenschaft, sind die Erkenntnisse der Dänen über den Umgang mit Verweigerern und Deserteuren. Diese würden nicht systematisch und einheitlich bestraft. Möglich sei Haft von einigen Tagen bis zu höchstens sechs Monaten. Eine Uno-Agentur bezweifelt indes, dass derzeit überhaupt Verweigerer oder Deserteure inhaftiert sind. Eine westliche Botschaft führt aus, dass normale Leute («ordinary people»), die den Dienst verweigern oder desertieren, «nicht verfolgt oder inhaftiert werden» und dass sie nicht befürchten müssten, verschleppt zu werden («they are not at risk of disappearances»).

Das ist umso bemerkenswerter, als Eritrea mit dem ehemaligen Mutterland Äthiopien immer noch in einer spannungsreichen Beziehung irgendwo zwischen Krieg und Frieden lebt. Viele andere Staaten würden in ähnlicher Situation wohl härter mit Fahnenflüchtigen umspringen.

Die Regierung brauche die Manpower und neige daher dazu, ertappte Deserteure an die Arbeit zurückzuschicken statt ins Gefängnis, so erklären Diplomaten.

Insgesamt sei das Regime in den letzten Jahren deutlich milder geworden, heisst es im Bericht weiter. Das betont auch der aus Eritrea stammende und an der London South Bank University lehrende Professor Gaim Kibreab, ein Spezialist für Migrations- und Flüchtlingsfragen. In den letzten zwei, drei Jahren sei die Haltung der Regierung gegenüber dem Nationaldienst «entspannter» geworden, so Kibreab.

Heimkehrer willkommen

Dienstverweigerer und Deserteure, die das Land illegal verlassen haben, können sogar zurückkehren und ihren Status legalisieren. Das Vorgehen ist einfach: Man muss auf einer eritreischen Botschaft eine einmalige Einkommenssteuer von zwei Prozent entrichten und ein Entschuldigungsschreiben («apology letter») unterzeichnen. Mehrere Exileritreer hätten von dieser Charmeoffensive der Regierung Gebrauch gemacht, ohne irgendwelche Komplikationen. Aktenkundig sind überdies Fälle von Deserteuren, die zu Besuchszwecken nach Eritrea zurückkehrten und anschliessend unbehelligt wieder ausreisen konnten.

Westliche Gesandte und internationale Organisationen weisen darauf hin, dass eine beträchtliche Zahl von Eritreern regelmässig ein- und ausreist, um Verwandte zu besuchen, Geschäfte zu tätigen oder touristische Sehenswürdigkeiten zu besichtigen.

Eine NGO in Asmara weist zudem Aussagen zurück, laut denen Verwandte von Deserteuren belangt würden. Das sei definitiv nicht die Politik der Regierung. Damit widerspricht der Dänenbericht einem Argument, das eritreische Asylbewerber gern vorbringen und das bei den Schweizer Behörden offensichtlich auf offene Ohren stösst.

Die jüngsten Entwicklungen seien ermutigend, bilanziert der Report des dänischen Migrationsamts. Das Regime habe seinen Kurs gegenüber Auswanderern zum Positiven verändert. Die Regierung habe realisiert, dass der massenhafte Exodus vor allem junger Frauen und Männer die Entwicklung Eritreas behindere. Heimkehrer seien deshalb willkommen. Die Regierung habe den ausdrücklichen Wunsch, im Ausland lebende Landsleute zur Rückkehr zu bewegen, und gehe deshalb human mit ihnen um.

Mehrere Befragte wundern sich, dass diese positiven Veränderungen in den meisten Menschenrechtsberichten bislang nicht reflektiert worden sind. Diese Berichte könnten deshalb nicht mehr länger als zuverlässige Grundlage für die Beurteilung der Situation gelten.

Auch beim Bundesamt für Migration (BfM) in Bern Wabern sind die neuen Fakten noch nicht wirklich angekommen. «Das BfM hat Kenntnis vom dänischen Bericht. Er ist nicht unumstritten. Unsere Länderspezialisten sind dabei, den Bericht auszuwerten und zu analysieren, inwiefern sich daraus neue Elemente für unsere

Asylpraxis ergeben», heisst es auf Anfrage. Das klingt nicht nach einer baldigen Abkehr von der aus dem Lot geratenen Aufnahmepolitik.

Damit dient die Schweiz letztlich niemandem. Sagenhafte 90 Prozent der anerkannten eritreischen Flüchtlinge leben von der Sozialhilfe. Sie sind also kaum integriert. Zu Hause würden sie derweil dringend gebraucht, um die positive Entwicklung der letzten Jahre weiter voranzutreiben.

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014-50/entwarnung-aus-eritrea-die-weltwoche-ausgabe-502014.html>